

Arbeitslosigkeit geht in Richtung 400.000

WIFO-Chef: Konjunkturprogramm der Koalition hat zu viele Schwachstellen

■ Für nächstes Jahr erwarten die Wirtschaftsforscher bereits wieder ein kleines Wirtschaftswachstum von einem Prozent, und damit ein Ende der Krise.

Für den Arbeitsmarkt hingegen sieht es laut WIFO-Chef Karl Aiginger auch kommendes Jahr noch ziemlich düster aus. Im Winter wird die Arbeitslosigkeit in Österreich ihren Höhepunkt erreichen, und wird nächstes Jahr „sicher auf über acht Prozent oder 300.000 Personen steigen“. Inklusiv der sich in Schulungen befindlichen Personen werde die Arbeitslosigkeit daher im kommenden Jahr „in Richtung 400.000“ tendieren.

„Die Krise ist nicht vorbei, das ist ganz eindeutig, aber wir haben den Boden erreicht“, gab der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) eine erste Entwarnung. Die Regierung dürfe aber jetzt keineswegs mit ihren Bemühungen zur Konjunkturbelebung nachlassen.

Er warnte davor, schon im nächsten Jahr mit der Reduzierung des Budgetdefizits zu beginnen. Das wäre, so Aiginger, das Gefährlichste, was man tun kann.

Er forderte daher die Koalition auf, noch mehr Geld in die Wirtschaft zu pumpen, aber strategischer als das bisher geschehen

ist. Ein Seitenhieb auf die Regierung, die sich auf dem Bankenpaket ausruht.

Denn das kleine Konjunkturpaket der Koalition weise zu viele Schwachstellen auf. So werde etwa die thermische Sanierung von Schulgebäuden nicht umgesetzt, weil dies Geld koste. Da auch die Investitionen der Privatwirtschaft sehr schwach seien, schlug Aiginger vor, die Vorzeitige Abschreibung von Investitionen von 30 auf 40 Prozent zu erhöhen, um einen Anreiz zu schaffen.

Eine baldige Rückkehr zur Vollbeschäftigung schloß Aiginger aus: „Für einen Anstieg der Beschäftigung wäre ein Wirtschafts-



Aiginger: Der Staat bremst beim eigenen Konjunkturprogramm.

wachstum von mindestens zwei Prozent notwendig, aber ich glaube, daß es eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der letzten Jahre in den nächsten fünf Jahren nicht geben wird.“

ÖBB-Datenmißbrauch: Hat Faymann bewußt gelogen?

■ Erhöhten Erklärungsbedarf hat der nunmehrige Bundeskanzler und frühere Infrastrukturminister Werner Faymann. Denn laut Magazin „Format“ haben ÖBB-Aufsichtsratschef Pöchlhammer und ÖBB-Chef Klugar Faymann über die Details der Krankenstandspitzelaffäre informiert.

Auch bei der Aufsichtsrats-sitzung vom 26. Mai 2008, bei der das Thema Datenschutz besprochen wurde. „Nachdem zu solchen Sitzungen auch immer ein Vertreter des Ministeriums entsandt wird, der den Minister informiert, mußte auch Verkehrsminister Faymann von den Problemen mit den Krankenstandserhebungen gewußt haben“, bemerkte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.

Besonders pikant daran ist, daß Faymann noch jüngst behauptet hat, nichts gewußt zu haben. So hat der Bundeskanzler auf die Frage, ob er über den Datenmißbrauch bei den ÖBB informiert worden ist, im ORF-Mit-

tagsjournal vom 22. September noch geantwortet: „Nein, natürlich nicht.“

Daher gebe es, so Kickl, zwei Möglichkeiten: entweder der in die Aufsichtsrats-sitzung entsandte Kommissär sowie Pöchlhammer und Klugar haben den Minister nicht informiert, oder der nunmehrige Bundeskanzler hat die Öffentlichkeit bewußt belogen.

„Insgesamt zeigt sich auch beim ÖBB-Datenskandal wieder dieses sattem bekannte Sittenbild roter Herrschaftsmethoden: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts! So wie Faymann hier alles abstreitet und jede Verantwortung von sich weist, könnte man fast glauben, er habe erst am Tag seiner Angelobung als Bundeskanzler begonnen, sich mit Politik zu befassen“, empörte sich Kickl.

Die FPÖ werde mit parlamentarischen Anfragen, auch an den Bundeskanzler, dazu beitragen, daß dieser Sumpf trockengelegt wird, kündigte Kickl an.

Regierung verantwortlich Lehrstellen-Rückgang!

FPÖ fordert Wiedereinführung des Blum-Bonus zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

■ Der rasante Rückgang bei Lehrstellen ist eine gewaltige Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort. „Wenn die Verantwortlichen in der Bundesregierung den Notstand bei den Lehrstellen nicht sofort beseitigen, dann fehlt uns nachhaltig die Möglichkeit am Aufschwung teilzunehmen“, warnte FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl.

Er verwies darauf, daß im August dieses Jahres fast 5.600 betriebliche Lehrstellen weniger ausgewiesen wurden, als im August 2008.

Der ehemalige Lehrlingsbeauftragte der Koalition, Egon Blum, habe bereits im Mai darauf hingewiesen, daß mit dem von den Sozialpartnern vorgeschlagenen, und von der Regierung umgesetzten neuen Lehrlingspaket rückgängige Lehrlingszahlen zu erwarten seien. „Leider haben sich diese Befürchtungen bewahr-

heitet, und die Zahlen werden von Monat zu Monat schlechter“, kritisierte Themessl und warf der Koalition eine „unerträgliche Ignoranz“ gegenüber dem erfolgreichen Lehrlingsexperten Blum vor: „Hier wird mit dem Schicksal und den zukünftigen Arbeitsplatzperspektiven unserer Jugendlichen leichtfertig umgegangen.“

Die ständigen Bekundungen der Koalition zu einer „Ausbildungsplatz-Garantie“, könne er gar nicht mehr hören, weil die Realität gänzlich anders aussehe.

„Ich fordere die Verantwortlichen in der Bundesregierung auf, endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Notstand am Lehrstellenmarkt nachhaltig zu beseitigen. Dazu zählt auch die Wiedereinführung des Blum-Bonus“, mahnte Themessl von der Regierung effektivere Maßnahmen gegen die steigende Jugendarbeitslosigkeit ein.